

Entstehung und Nutzung der Amtsgebäude entlang der Bahnhofstraße

Wie die Post in die Bahnhofstraße kam und wieder in die Stadt zog

Von Klaus J. Loderer

Als im Jahr 2000 das Postamt von der Bahnhofstraße in den Biegel zog, ging nach mehr als 80 Jahren ein Wunsch der Backnanger in Erfüllung. Schon in den 1910er-Jahren hätten Teile der Backnanger Bürgerschaft einen Standort der Post in der Stadt bevorzugt. Doch die Postverwaltung setzte den Standort in der Bahnhofstraße gegen Bürgerschaft und Stadt durch. Die Nähe zum Bahnhof war der Post wichtiger als die Nähe zu den Bürgern. Doch zu dieser spannenden Geschichte später.¹

Im Zentrum der nachfolgenden Ausführungen steht die Vorgeschichte zum Postamt in der Bahnhofstraße. Als solches wurde das Gebäude Bahnhofstraße 8 im und nach dem Ersten Weltkrieg errichtet, das inzwischen als *Wohn- und Begegnungszentrum Alte Post* bezeichnet wird.² Dieses elegante Gebäude mit Walmdach und Balkon über dem mittigen Eingang ist durch seinen Architekten Martin Mayer (1878 bis 1925) ein wichtiges Beispiel der Architektur des frühen 20. Jahrhunderts in Backnang. 1974 zog der Schalterbetrieb der Post in das Nachbarhaus.³ Der Komplex Bahnhofstraße 2 und 4 hatte nacheinander als Krankenhaus, Sparkasse, Postamt, Kolpingwerk und Volkshochschule unterschiedliche Nutzungen. Doch sei vor der verwickelten Vorgeschichte zum Bau des Postamts zunächst auf die städtebauliche Entwicklung der Bahnhofstraße eingegangen.

Stadt und Bahnhof wachsen zusammen

Erst im 19. Jahrhundert wurden im Süden der Stadt außerhalb der Stadtmauer Gebäude errich-

tet. Von der Aspacher Brücke gab es allerdings auch schon vorher – unter Umgehung der ummauerten Stadt – einen Weg zur oberen Vorstadt durch den *hinteren Acker*. Im Volksmund wurde die Eduard-Breuninger-Straße noch lange so genannt. Von diesem die Gärten durchquerenden Weg, der auf der Urkarte von 1832 gut zu erkennen ist, zweigte am Gasthof Engel der Weg nach Erbstetten ab. Den spitzen Winkel kürzte ein Straßenstück ab, sodass ein dreieckiges Grundstück entstand, der spätere Viehmarkt (heute: Schillerplatz). 1830 nutzte man einen Großbrand an der südlichen Stadtmauer (heute: Am Obstmarkt) nicht nur, um die abgebrannten Scheunen neu aufzubauen, sondern auch, um die Stadtmauer zu durchbrechen und eine direkte Straßenverbindung zum Viehmarktplatz anzulegen (die heutige Dilleniusstraße). Von der Erbstetter Straße, die oberhalb des Prallhangs der Murr entlangführte, zweigte nach Süden ein Weg ab, der den Hang hinauf zum Maubacher Weg führte. Dieser Weg wurde später durch die Eisenbahn gekappt.

Auf der Urkarte von 1832 kann man gut erkennen, wie sich schon im frühen 19. Jahrhundert die Stadt entlang der Ausfallstraßen ausgedehnt hatte. Die Straße nach Erbstetten war aber noch ohne Bebauung, was wohl vor allem an der schwierigen topografischen Situation lag. Das Gasthaus Engel bildete lange Zeit das Ende der geschlossenen Bebauung. Weiter außerhalb gab es nur noch das um 1830 erbaute Gartenhaus mit Kegelbahn des Schwanenwirts.⁴ Es war das einzige Gebäude an der *Vicinalstraße* nach Erbstetten. 1844 baute Schwanenwirt Johannes Köhle (1805 bis 1867) dort den heute noch unter dem Bürgerhaus exist-

¹ Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag zum 193. Altstadtstammtisch des Heimat- und Kunstvereins in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Backnang am 2. Februar 2016.

² Die Begriffsverwirrung wird noch dadurch gesteigert, dass es zeitweilig ein Restaurant *Alte Post* in der Stuttgarter Straße gab, dessen Name allerdings keinerlei Bezug zu einem historischen Standort der Post hatte.

³ BKZ vom 8. Juli 1974.

⁴ Vgl. dazu: Klaus J. Loderer: Vom Gartenlokal zum Bürgerhaus. Backnang 1987.

tierenden Bierkeller. Am 20. Februar 1859 brannte die im Winter als Lagerraum genutzte Kegelbahn ab. Wie der Murrthal-Bote über die Schwurgerichtsverhandlung berichtete, hatte der 15-jährige Schusterlehrling Karl Gustav Schreiweiß in einem Fass mit Harz und Stroh ein Feuerchen gemacht, welches unglücklicherweise auch die anderen Fässer und das Gebäude ergriff.⁵ Am 1. Mai 1859 wurde die Gartenwirtschaft wiedereröffnet.⁶

Erst 1869 wurde als erstes Gebäude auf der nördlichen Straßenseite der Erbstetter Straße das Bezirkskrankenhaus errichtet. Die Oberamtsbeschreibung von 1871 beschreibt die Einrichtung wie folgt: *Der Amtskorporation gehört das Bezirksspital, ein schönes dreistöckiges Gebäude, das frei und hoch im Jahr 1869 südlich der Stadt in der Nähe des Viehmarktplatzes erbaut wurde; in ihm werden Kranke von dem ganzen Bezirk aufgenommen, namentlich auch weibliche und männliche Dienstboten, die in eine besondere, ebenfalls 1869 errichtete Dienstbotenkasse einlegen.*⁷ Es handelte sich dabei um einen traufständig entlang der Straße stehenden zweigeschossigen Bau mit Satteldach, dessen Mitte durch ein Zwerchhaus betont war. Der mittige Eingang führte über einen kleinen Vorraum in das Treppenhaus, von dem links und rechts kurze Flure abgingen. Stark umgebaut bildet dieses Gebäude den Kern des Bildungshauses Bahnhofstraße 4.

Es war der Bau des Bahnhofs, der diese Gegend stärker an die Innenstadt anband. Mit dem Bau der Eisenbahn 1872 bis 1876 wurde eine neue Erschließungsstraße zur Anbindung des Bahnhofs gebaut. Diese Rampe zweigt südlich des erwähnten Bierkellers von der Erbstetter Straße ab. Wie üblich erhielt diese Straße den Namen Bahnhofstraße. Am oberen Ende entstand ein namenloser Platz vor dem 1877 eröffneten Stationsgebäude. Parallel zur Bahnlinie entstand eine weitere Straße, die spätere Obere Bahnhofstraße, die zuerst als Zufahrtstraße zum Güterbahnhof bezeichnet wurde. Da die Erbstetter Straße von der Marktstraße bisher nur umständlich zu erreichen war, wur-

de nun eine Direktverbindung vom Viehmarktplatz zur Marktstraße geschaffen.

Mit dem sich abzeichnenden Eisenbahnbau entstanden in den 1870er-Jahren die ersten privaten Wohnhäuser am *Vicinalweg nach Erbstetten*. 1874 reichte Stadtbaumeister Wilhelm Deufel (1841 bis 1917) ein Baugesuch für ein schlichtes zweigeschossiges Wohnhaus ein.⁸ Direkt daneben entstand das ganz ähnliche Wohnhaus von Jacob Holzwarth. 1879 errichtete Oberamtsbaumeister Christian Hämmerle (1843 bis 1916) für sich und seine Familie ein Wohnhaus.⁹ Dessen Baugesuch zeigt schon in der Zeichnung eine höherwertigere Ausführung. Der zweigeschossige Backsteinbau wurde mit Sandsteinelementen ausgeführt. Das Gebäude wurde später auch „Villa Emma“ genannt.

Und auch von der Wilhelmshöhe, wie die gegenüberliegende Gaststätte mit Kegelbahn inzwischen hieß, ist Neues zu berichten. Mit dem Erwerb durch die Metzgers- und Wirtswitwe Rosine Mayer wurde die Wilhelmshöhe unabhängig vom Gasthof Schwanen. Doch brannte das Gebäude am 8. Juni 1883 durch Blitzschlag ab.¹⁰ Rosine Mayer reichte im Sommer 1883 Pläne zum Wiederaufbau der Gaststätte zur Wilhelmshöhe ein. Stadtbaumeister Deufel hatte ihr auf dem erhaltenen Gewölbekeller einen offenen Schuppen entworfen. Nur der hintere Teil mit Gartensaal, Küche, Ausschank und Toilette hatte Wände.¹¹ Das wurde auch so genehmigt. Außerdem plante sie, wie man dem Lageplan entnehmen kann, daneben ein festes Gaststättengebäude. Im Hintergrund des Grundstücks stand noch die Kegelbahn. Doch im Herbst änderte sie die Pläne. Vom 22. November 1883 datiert ein neues Baugesuch von Stadtbaumeister Deufel.¹² Nun sollte ein ringsum geschlossener Gartensaal im vorderen Teil des Gebäudes entstehen mit einem Gaststättenraum und Küche im hinteren Teil. Entlang der Nordseite war eine Kegelbahn. Gleichzeitig errichtete sie ein neues Wohnhaus (spätere Bahnhofstraße 5). Der nun Café Mayer genannte Gartensaal wurde am 25. Mai 1884 eröffnet.¹³

⁵ MB vom 12. April 1859, S. 235 f.

⁶ MB vom 29. April 1859, S. 272.

⁷ Beschreibung des Oberamts Backnang. Stuttgart 1871, S. 133.

⁸ StAL F 152 IV, Bü 1024.

⁹ StAL F 152 IV, Bü 1152.

¹⁰ MB vom 12. Juni 1883, S. 271.

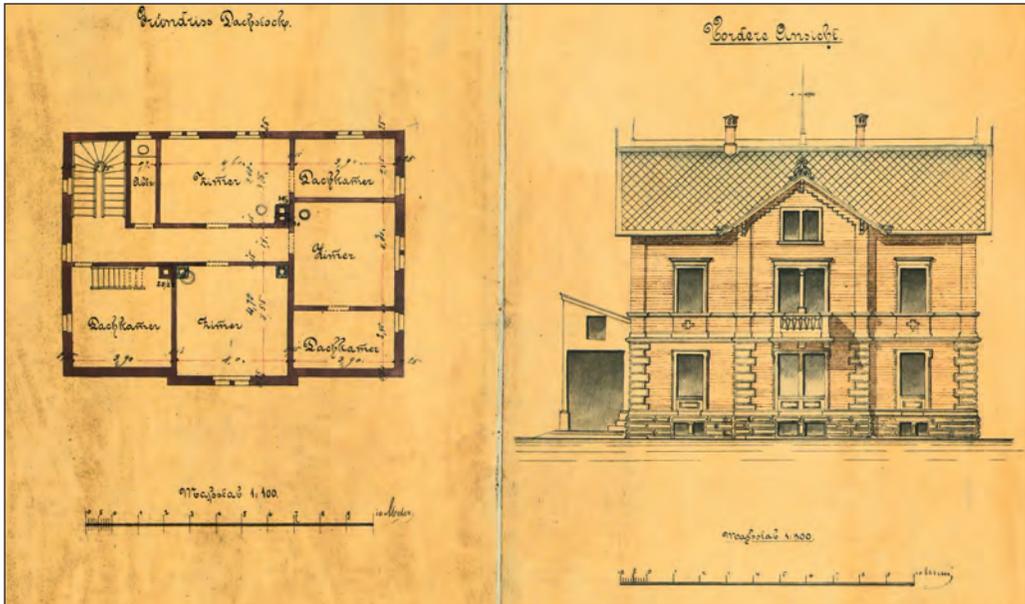
¹¹ StAL F 152 IV, Bü 1238.

¹² Ebd.

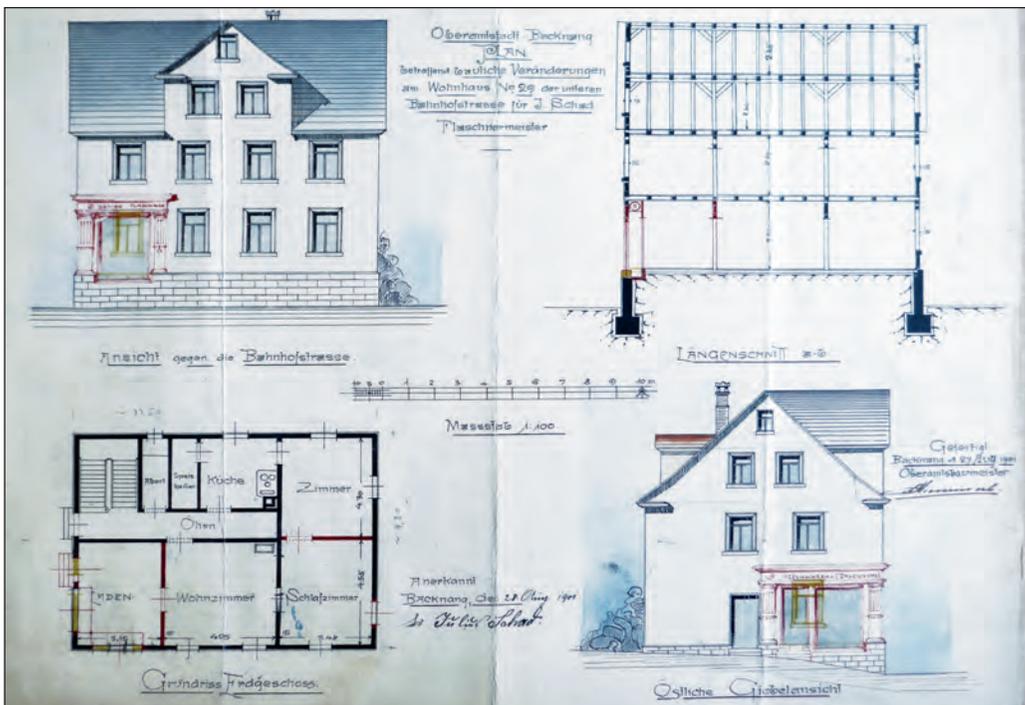
¹³ MB vom 24. Mai 1884, S. 246; Loderer (wie Anm. 4), S. 32 ff.



Ausschnitt aus der Flurkarte 1883. Man erkennt den dreieckigen Viehmarkt (heutiger Schillerplatz) und den noch weitgehend unbebauten Bereich südlich und westlich. Nur wenige Gebäude stehen entlang der Straße zum Bahnhof, darunter das Bezirkskrankenhaus. Mit Bleistift ist bereits die spätere Albertstraße eingezeichnet.



Grundriss des ersten Stocks und Fassade des Hauses von Oberamtsbaumeister Hämmerle („Villa Emma“). Das Gebäude wurde zum Bau des Fernmeldeamts 1974 abgerissen.



Baugesuch für den Einbau eines Ladens in das Gebäude Bahnhofstraße 5. Es wurde für die Erweiterung des Bürgerhauses abgerissen.

Dass die Verkehrsfrequenz auf der Bahnhofstraße als Verbindung zum Bahnhof über die Jahre zunahm, merkt man auch an den verschiedenen Gaststätten, die im Laufe der Jahre entstanden. Im Haus Erbstetter Straße 2 eröffnete die bis 1922 existierende Gaststätte zur Friedenslinde, benannt nach der 1871 auf der Aussichtsterrasse des Verschönerungsvereins gepflanzten Friedenslinde. Für den Garten von Wilhelm Gläser, die Parzelle 309/1 (das Grundstück des späteren Postamts), beantragte 1892 der Conditior Georg Gebhardt (1844 bis 1898) die Aufstellung einer Trinkhalle.¹⁴

Gegenüber entstand ein neuer Großbau: Mit der Jahrhundertwende musste der Gartensaal einem größeren Bau weichen. Am 14. Juli 1901 eröffnete mit einem Konzert der Kapelle des Ludwigsbürger Artillerie-Regiments das von der Witwe Bertha Härlin (1850 bis 1926) betriebene neue Bahnhofhotel mit Theater- und Bankettsaal. Der Architekt dieses Gebäudes war Philipp Jakob Manz (1861 bis 1936). Großer Beliebtheit erfreu-

te sich weiterhin der Biergarten mit seinen großen Kastanienbäumen.

Auch Geschäfte entstanden: 1901 ließ sich Flaschner Julius Schad (1871 bis 1917) an der einen Ecke seines Hauses Bahnhofstraße 5 von Oberamtsbaumeister Hämmerle die Schaufenster eines Blechwarengeschäfts entwerfen.¹⁵ Gegenüber eröffnete ein Fotoatelier. Und von 1888 bis 1896 war die Oberamtssparkasse im Haus Erbstetter Straße 4.¹⁶

1891 wurde die Albertstraße mit ihrem markanten rechten Winkel geplant. Sie bildet bis heute ein interessantes Gründerzeitensemble. Die ursprüngliche Idee sah wohl vor, die Albertstraße bis zur Erbstetter beziehungsweise Bahnhofstraße zu verlängern, dieser südliche Arm wurde aber nie ausgeführt. Zwischen der unteren und der oberen Bahnhofstraße entstand ein großer Schulkomplex. 1889 bis 1891 wurde nach Plänen des Oberamtsbaumeisters Christian Hämmerle das Zentral-schulhaus für die Volksschule errichtet (heutige



Blick vom Bahnhof auf die Bahnhofstraße mit dem Eingang zum Biergarten des Bahnhofhotels.

¹⁴ StAB Bac B 042-1.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Bernhard Trefz/Frank Nopper (Hg.): Das Backnang-Lexikon. Backnang 2014, S. 104.

Pestalozzischule). Das Schulgebäude erfuhr 1911 bis 1914 durch den Architekten Friedrich Haußer (1875 bis 1963) eine Erweiterung um das Mädchenschulhaus (heutige Schillerschule).¹⁷ Großzügige Freitreppen überwinden den Höhenunterschied von der Straße und erschließen die Anlage bis heute eindrucksvoll. 1887 wurde im 1883 errichteten Haus des Werkmeisters Matthäus Herrlinger ein katholischer Betsaal eingerichtet. Daneben entstand nach einer längeren Diskussion um den genauen Standort und die Stellung der Kirche die 1894 geweihte katholische Kirche St. Johannes Baptist.¹⁸

Heftige Diskussionen um den Standort für das neue Postamt

Wie kam nun das Postamt in die Bahnhofstraße? Es ist eigentlich nicht erstaunlich, dass sich das Postamt in der Nähe des Bahnhofs befindet. Man kann einen vergleichbaren Standort des Postamts in der Nähe des Bahnhofs in vielen Städten finden, zumal die Postsäcke mit der Bahn transportiert wurden.

Die Geschichte der Standorte der Post in Backnang ist sehr vielfältig. Der erste Standort der Post war ab 1807 am Beginn der Sulzbacher Straße – dort hatte sich deshalb der Name der sogenannten Postgerberei erhalten (an der Stelle des heutigen Schweizerbaus) – und ab 1811 in der Marktstraße 23.¹⁹ Durch den Umzug des Oberamts in das renovierte Schloss am Stiftshof wurde das um 1700 errichtete Oberamteigebäude frei. 1877 zog die Post als Mieter ein. Das Gebäude wurde nach dem Erwerb durch die Stadt 1927 als Stadthaus bezeichnet und wird seit der gastronomischen Nutzung 2009 Alte Vogtei genannt.²⁰ Die Lage direkt am Marktplatz war sehr zentral. Im Hochparterre waren die technischen Räume der Post. Die oberen Geschosse wurden als Wohnung für die Postmitar-

beiter genützt. Der Postmeister wohnte im ersten Stock. Mehrere Umbauten erfolgten, um den technischen Neuerungen gerecht zu werden. Dazu gehörte die Einführung von Telegrafie und Telefon. In einem Ständer auf dem Dach liefen die Telefondrähte zusammen. 1893 wurde ein zweiter Schalter eingerichtet: *Der stets wachsende Verkehr der Stadt mit dem Kgl. Postamt veranlaßte dasselbe, die Einrichtung eines zweiten Schalters zur Entgegennahme der Gepäck- und Briefstücke zu beantragen und wird diese Erweiterung eben ausgeführt. Das Publikum ist für die nun eintretende raschere Bedienung am Schalter gewiß recht dankbar.*²¹

Ein von Postbauinspektor Baurat Anton Ockert von der Königlichen Württembergischen Generaldirektion der Posten und Telegrafien in Stuttgart unterzeichneter Plan aus dem Jahr 1894 zeigt die Aufteilung der Eingangsetage. In diesem Jahr wurde eine Fernsprechkabine eingebaut. Über die Freitreppe gelangte man in den *Oehrn*. Nach links schloss sich eine kleine Schalterhalle mit zwei Schaltern an. Hinter diesem befand sich ein lang gestreckter Raum in die Tiefe des Gebäudes für die Mitarbeiter. Zwei Stützen ersetzen früher vorhandene Zwischenwände. Ganz hinten befand sich das Vorstandsbüro.²²

In einer *Aeußerung des Postbetriebsreferenten über die Raumverhältnisse des Postamts Backnang* aus dem Jahr 1910 wurde die Größenordnung deutlich: *Das Postamt II. Klasse Backnang mit einem aus 1 Postmeister, 5 Beamten, 3 Beamtinnen, 10 Unterbeamten und 3 Landpostboten bestehenden Personal und einem 11 069 Einwohner umfassenden Bestellbezirk nimmt im Rechnungsjahr 1909 mit einer Gebühreneinnahme von 90 221 M die 51. Stelle unter den württembergischen Postämtern ein. Dem Postamt sind 8 Postagenturen und 19 Telegraphenhilfsstellen, sowie ein Postfuhrdienst mit 2 Postillionen und 5 Pferden unterstellt, an das Fernsprechnetz sind 116 Teilnehmer angeschlossen.*²³ Weiter kam auch die

¹⁷ Vgl. dazu: Heinz Rauscher: Das Volksschulwesen in Backnang 1880 bis 1952. 1. Teil. – In: Bjb 9, 2001, S. 163 ff; ders.:

Das Volksschulwesen in Backnang 1880 bis 1952. 2. Teil. – In: Bjb 10, 2002, S. 107 bis 110.

¹⁸ Klaus J. Loderer: 17.000 Mark für eine arme Gemeinde, die Baugeschichte der neugotischen katholischen Kirche St. Johannes Baptist in Backnang. – In: Festschrift 125 Jahre katholische Kirche Sankt Johannes Baptist in Backnang. Backnang 2019, S. 34 ff.

¹⁹ Zur Geschichte der Post in Backnang: Horst Klaasen: 200 Jahre Post in Backnang, ein Streifzug durch die Postgeschichte und ihre Verbindung zu Backnang. – In: Bjb 15, 2007, S. 60 bis 87.

²⁰ Backnang-Lexikon (wie Anm. 16), S. 13 f.

²¹ MB vom 27. April 1893, S. 254.

²² StAL E 78 II, Bü 46, Telegraphenanstalt.

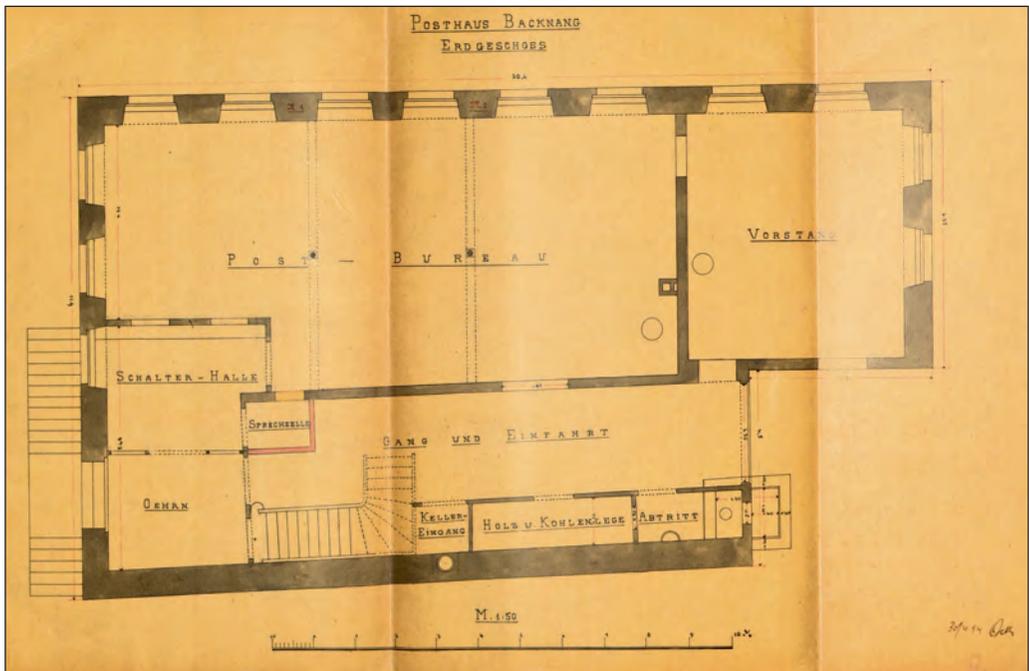
²³ StAL E 78 IV, Bü 19, 194c.

beengte Situation im alten Postamt zur Sprache: Die Dienstgelasse des Postamts, das im alten Kameralamtsgebäude mietweise untergebracht ist, genügen dem Bedürfnis schon längst nicht mehr. Das Postbetriebszimmer mit 74 qm, in dem zu gewissen Zeiten gleichzeitig 18 Personen dienstlich anwesend sind, sollte etwa nochmal so groß sein, um die Unterbringung der erforderlichen Arbeitsplätze, die geordnete Lagerung der Sendungen und die Abgrenzung der Verantwortlichkeit des Einzelnen zu ermöglichen. Die Stockhöhe dieses Zimmers mit nur 2,80 m ist unzulänglich, die Lichtverhältnisse sind durch das hohe Nachbarhaus stark beeinträchtigt. Die Zufahrt ist steil, schmal und angesichts der vorhandenen Ecken auch sonst schwierig, sie führt zudem nur bis zum Hausöhrn, woselbst das Beladen und Entladen der Fahrzeuge erfolgen muß. Unzulänglich ist auch der Schaltervorraum mit nur 12,6 qm, er läßt die Anbringung des schon längst notwendigen 3. Schalters sowenig zu, wie die Einrichtung eines Paketschalters für Massensendungen. Die Unterbringung des Telegraphen- und Fernsprechbetriebs sowie des Vorstands im ersten Obergeschoß ist, was letzteres anlangt, vom Betriebsstandpunkt

aus sehr wenig erwünscht, was den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb betrifft, nach Größe der Zimmer und Zugänglichkeit ein Notbehelf. Ganz misslich ist, dass der Zugang zum Vorstand nur durch das Postbetriebszimmer erfolgen kann; die von hier nach oben führende Treppe ist schmal, steil und dunkel. Für das gesamte (männliche und weibliche) Personal ist nur 1 Abort vorhanden. Die zum Schaltervorplatz führende Hausstaffel mit 12 Stufen auf der Tal- und 8 auf der Bergseite ist für den Betrieb wie das Publikum ungeschickt.

Da die Platzsituation in diesem Gebäude sehr beengt und eine Erweiterung durch die Nachbarbebauung nicht möglich war, suchte die Post am Anfang des 20. Jahrhunderts einen neuen Standort in Backnang.

Dabei legte man Wert darauf, dass der neue Standort näher am Bahnhof liegen sollte. Sehr schnell kam man auf die beiden noch weitgehend unbebauten Gartengrundstücke in der Bahnhofstraße zwischen dem Bezirkskrankenhaus und dem ehemaligen Haus Hämmerle. Hier stand nur zurückgesetzt ein kleines Wohnhaus. 1886 hatte der Reiseprediger Johann Georg Ziegler (1837 bis 1911) die Genehmigung zur Errich-



Plan zum Einbau einer Fernsprechzelle in das Postamt im Gebäude Marktstraße 31 (heutige Alte Vogtei) im Jahr 1894.



Der Backnanger Marktplatz im Jahr 1928. Das Postamt ist durch den Abspannträger auf dem Dach erkennbar.

tion eines Wohnhauses mit den Maßen 7,80 auf 7,25 Meter *in seinem Gras- & Gemüsegarten Nr. 309 beim Bezirkskrankenhaus* erhalten.²⁴ Grundstück 309/1 gehörte Gustav Spilcke, Direktor der Holzwarenfabrik, die sich direkt unterhalb am sogenannten Kalten Wasser befand. Grundstück 309/2 gehörte dem Verwaltungsaktuar Adolf Steiner, Eigentümer des benachbarten Hauses Bahnhofstraße 12. Für diese Parzellen ließ die Post Machbarkeitsstudien erarbeiten. Schnell zeigte sich, dass durch das abfallende Gelände große Unterkonstruktionen notwendig waren, um eine nutzbare Fläche zu erhalten.

Im Mai 1909 legte Baurat Anton Ockert vier Projekte und Kostenvoranschläge vor.²⁵ Projekt eins nutzte nur das Grundstück 309/2. Für das weit in die Tiefe des schmalen Grundstücks reichende Postgebäude wäre deshalb ein aufwendiger Unterbau notwendig gewesen. Der Plan zeigt

einen Schnitt mit der von immerhin neun Meter hohen Stahlbetonpfählern getragenen Terrasse, auf der das eigentliche Postamt hätte stehen sollen. Projekt zwei untersuchte das Grundstück 309/1. Dafür hätte das kleine Wohnhaus abgerissen werden müssen, da das Postgebäude sehr weit in die Tiefe des Grundstücks gereicht hätte. Auch in diesem Fall wäre eine große Unterkonstruktion aus Stahlbeton notwendig geworden. Projekt drei nutzte den Garten 309/2 komplett und ein kleines Stück von 309/1. Das kleine Wohnhaus wäre stehen geblieben und man hätte den Bereich zwischen Neubau und Krankenhaus als Bauplatz wieder verkaufen können. Bei diesem Projekt hätte sich der Bau eher entlang der Bahnhofstraße in der Breite ausgedehnt. Wieder wäre aber der Erschließungsbereich für die Fuhrwerke an der Rückseite angeordnet und von in diesem Fall nur sechs Meter hohen Betonpfählern getragen worden.

²⁴ StAB Bac B 042-1.

²⁵ StAL E 78 IV, Bü 19.

Dann kamen Überlegungen auf, das Bezirkskrankenhaus zu erwerben. Dieses Grundstück 308 untersuchte dann ein viertes Projekt vom November 1909. Dazu wäre das Bezirkskrankenhaus abgerissen worden. Entlang der Bahnhofstraße war ein lang gestreckter Bau geplant, der auch das noch freie Grundstück bis zum Schillerplatz einbezogen hätte. Der Vorteil dieses Grundstücks lag im geringeren Gefälle.

Die veranschlagten Baukosten waren: 90 000 M (Projekt eins), 90 200 M (Projekt zwei), 82 000 M (Projekt drei) und 78 000 M (Projekt vier). Bei den ersten beiden Projekten trugen die durch den Hang notwendigen Unterkonstruktionen zu den höheren Kosten bei. Rechnet man die Grundstückskosten dazu, wäre allerdings das Projekt vier mit 128 000 M das teuerste gewesen.

Anfang 1910 verhandelten Generaldirektion, Bezirksrat und Oberamt über den Kaufpreis von 50 000 M. Letztlich beschloss die Amtsversammlung am 11. Juni 1910 aber, das Krankenhaus nicht zu verkaufen, *da die Amtskörperschaft im Falle des Verkaufs sofort vor die Frage eines Neubaus gestellt wäre, ein solcher aber besonders auch aus dem Grunde, weil die Stadtgemeinde Murrhardt zur Aufgabe ihres Krankenhausbetriebs nicht zu bewegen ist, ein sehr teures und unrentables Unternehmen wäre und daher insolange, als das derzeitige Bauwesen seinen Zwecken noch in ausreichender Weise genügt, hinausgeschoben werden sollte.*²⁶

Eine Weiternutzung des alten Postamts schloss der Postbetriebsreferent in dem Gutachten von 1910 aus: *Lage, Alter und Bauart des Hauses schließen m. E. einen zweckentsprechenden Um- und Erweiterungsbau, zu dem ein Nachbarhaus (Weinwirtschaft) angekauft werden müßte, aus. Ausgeschlossen ist auch die Gewinnung von Räumen, wie sie das Postamt Backnang künftig bedarf, im Wege der Miete, so dass nur ein Posthausneubau durch die Verwaltung erübrigt. Wenn ein solcher bis jetzt noch nicht aufs Programm gesetzt wurde, so geschah dies lediglich mangels aller und jeder Aussicht, beim Bahnhof einen geeigneten Bauplatz erlangen zu können. Wenn es nun gelingen sollte, einen solchen etwa in der Parzelle Nr. 309 zu gewinnen, wäre dies, wie ich schon in*

*meinem Vortrag vom 5. Februar 1909 zum Ausdruck brachte, vom Standpunkt des Betriebs aus zu begrüßen.*²⁷

Allerdings war der Postneubau in Backnang noch nicht in trockenen Tüchern, wie man aus einem Aktenvermerk des Postbetriebsinspektors Klempp sehen kann, der die Weiterbenutzung des alten Postamts am Marktplatz empfahl: *Den Schriftwechsel mit der Eisenbahndirektion Hall über den baulichen Zustand des Posthauses in Backnang lege ich im Anschluß vor. Hienach kann das Gebäude, wie ich schon in meinem Vortrag vom 2. v. Mts. ausführte, als „aufällig“ im wirklichen Sinn nicht bezeichnet werden. Die von der Bauinspektion für dringend nötig erkannte Entlastung des Dachstocks wird durchzuführen sein, als Aufwand hierfür wären etwa 200 M in Aussicht zu nehmen. Die Maßnahme würde die unbedenkliche Weiterbenützung des Gebäudes auf 3–4 Jahre ermöglichen.*²⁸ Am 29. Juni 1912 erfolgte der Vermerk, dass die Arbeiten ausgeführt wurden.

Inzwischen war man in der Stadt auf die Pläne der Post aufmerksam geworden, die rege diskutiert wurden. Das Gemeinderatsprotokoll vom 10. Oktober 1913 gibt darüber Auskunft: *Zum Schlusse macht der Vorsitzende – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – die vertrauliche Mitteilung, die kgl. Generaldirektion der Posten u. Telegrafien suche zwecks Erstellung eines neuen Postgebäudes einen geeigneten Bauplatz in hiesiger Stadt zu erwerben. Hiefür käme vom Standpunkt der städtischen Interessen aus in erster Linie das Anwesen des Kaufmanns Krauss in der Oberen Marktstraße hier samt Garten in Frage, da dieser Platz seiner Lage nach wie wohl kaum ein anderer für einen Postneubau sich eignen würde, allein der geforderte Preis sei, obwohl der Besitzer seine ursprüngliche Forderung von 85 000 M auf 68 000 M ermässigt habe, noch reichlich hoch zu nennen. Die kgl. Generaldirektion werde sich zur Zahlung einer solch hohen Summe wohl schwerlich je verstehen können und einen anderen für ihre Zwecke geeigneten Platz auszusuchen sich veranlasst sehen, was im Interesse des mit dem Postamt verkehrenden Publikums und auch mit Rücksicht darauf, dass der Krauss'sche Platz sicherlich auch eine ästhetisch befriedigende Lösung der Baufrage*

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

ermöglicht hätte, sehr zu bedauern wäre. Das Kollegium stimmt dem bei, weiß aber einen andern geeigneten Bauplatz inmitten der Stadt auch nicht zu bezeichnen – abgesehen vom Steinerschen Garten in der Unteren Bahnhofstraße – und beauftragt den Vorsitzenden in weitere Verhandlungen mit der Postverwaltung wegen der Wahl des Krauss'schen Bauplatzes einzutreten.²⁹

Der Wunschstandort der Stadt für das neue Postamt war also nicht das Grundstück in der Bahnhofstraße. Vielmehr führte man einen weiteren Standort in die Diskussion ein: beim erwähnten Anwesen des Kaufmanns Wilhelm Krauß (1853 bis 1913) handelt es sich um das Gebäude Marktstraße 42, während der Steiner'sche Garten das damals noch freie Grundstück in der Bahnhofstraße zwischen dem Bezirkskrankenhaus und der „Villa Emma“ war. Wie in der Gemeinderatsitzung schon vermutet wurde, war der Post das

Grundstück in der Marktstraße zu teuer. Die Königliche Generaldirektion der Posten und Telegrafen erwarb deshalb noch 1913 die beiden Grundstücke in der Bahnhofstraße für 35 300 M. Ab dem 1. April 1914 verpachtete man den Garten 309/2 und das Gebäude 30 für ein Jahr an Seminaroberlehrer Bäuerle.

Auf diese Entscheidung hatte wohl auch die Nähe zum Bahnhof als günstiger Faktor Einfluss. Das sorgte allerdings bei einigen Backnanger Geschäftsleuten für Unmut. Postmeister Heinrich Bauer (1858 bis 1921) machte seine Vorgesetzten in der Königlichen Generaldirektion der Posten und Telegrafen am 6. Dezember 1913 auf die Stimmung in der Stadt aufmerksam: *Es dürfte nicht ganz ohne Interesse sein, wie sich die Einwohnerschaft Backnangs zur Erwerbung des Bauplatzes für ein neu zu erbauendes Postgebäude stellt. Ich habe daher diesbezügliche Einsendun-*



Blick vom Schillerplatz Richtung Stadtturm, Bandhaus und Stiftskirche. Das Haus Marktstraße 42 und der davorliegende Garten wurden als Standort für das Postamt ins Gespräch gebracht.

²⁹ StAB Bac G 001-71, Bl. 498 f.

gen in Zeitungsausschnitten gesammelt und bringe diese hiemit zur Vorlage.³⁰ Leider liegen diese den Akten im Staatsarchiv Ludwigsburg nicht bei.

Die Planungen der Post wurden unterdessen detaillierter. Vom August 1914 datiert ein Entwurf von Baurat Ockert. Für den Entwurf vom 25. Juni 1915 errechnete Baurat Ockert Baukosten von 100 000 M. Die Pläne waren inzwischen überarbeitet. Im Dezember 1915 reichte man das Baugesuch bei der Stadt Backnang ein.

Bei der Generalversammlung des Creditvereins am 18. Februar 1916 muss das Postprojekt wieder für eine lebhafte Diskussion gesorgt haben: *Dabei kam einmütig die Ansicht zum Ausdruck, dass in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, da der von der Postverwaltung erworbene Platz an der Unteren Bahnhofstraße (Steiner-Spilkes Garten) in jeder Beziehung den denkbar ungünstigsten der Stadt darstelle und dass alsbald die möglichen Schritte unternommen werden sollten, um die Wünsche der Einwohnerschaft und der Verkehrswelt dem Präsidium der Posten und Telegrafien zu unterbreiten, auch dafür einzutreten den künftigen Postbau am alten Platz oder an anderer geeigneter Stelle erstehen zu lassen.*³¹

Bürgerausschussobmann Adolf Stroh (1857 bis 1933) brachte das Thema am 24. März 1916 in den Gemeinderat und forderte eine Erweiterung am alten Standort – sehr zum Widerwillen des Vorsitzenden, der darauf hinwies, dass die Diskussion nun verspätet und die Planbearbeitung schon zu weit fortgeschritten sei. Trotzdem folgte eine eingehende Diskussion: *Gemeinderat Erlenbusch weist ebenfalls auf die im Gemeinderat gepflogenen Verhandlungen hin. Bei dem grossen Preisunterschied in der Bauplatzfrage habe das Kraus'sche Projekt zurücktreten müssen. Bei der geringen Entfernung, welche die beiden an der unteren Bahnhofstraße gelegenen Plätze voneinander haben, wäre es nicht zu verantworten, wenn stadtseits grössere Opfer gebracht würden. Gemeinderat Adolff hätte es auch gerne gesehen,*

*wenn das Postamt inmitten der Stadt geblieben wäre; ein Umbau des alten Posthauses erscheine indessen aus technischen Gründen unmöglich zu sein. Der Kraus'sche Platz sollte hinsichtlich der Grösse noch untersucht werden. Bürgerausschussmitglied Häuser schliesst sich den Ausführungen des Obmanns an; eine Änderung erscheine immer noch möglich. Unter Umständen müsste eben die Stadt den Steinerschen Bauplatz erwerben. Die Errichtung einer Filialpost für die unteren Stadtteile event. ins Auge gefasst werden. Er macht den Vorschlag, den Gegenstand an eine Kommission zu verweisen, die mit der Postverwaltung weiter zu verhandeln hätte. Gemeinderat Kummerer wäre auch dafür, am alten Platz festzuhalten. Gemeinderat Erlenbusch und Diller möchten sich für eine Erwerbung des teuren Krausschen Anwesens nicht entschliessen.*³²

Man einigte sich auf die Gründung einer sechsköpfigen Kommission, die beauftragt wurde, mit der Generaldirektion der Posten und Telegrafien über einen anderen geeigneten Bauplatz weiter zu verhandeln. In diese Kommission wurden der Vorsitzende, Stadtpfleger Karl Friederich (1862 bis 1932), die Gemeinderäte Adolff und Erlenbusch und die Bürgerausschussmitglieder Stroh und Häuser aufgenommen.

In der Sitzung des Gemeinderats am 7. April 1916 berichtet Stadtpfleger Friederich über die Besprechung mit dem Präsidenten der Königlichen Generaldirektion in Stuttgart. Dieser stellte klar, dass ein Verbleiben am alten Standort unmöglich sei, und verlangte von der Stadt eine Erstattung des Grundstückspreises in der Bahnhofstraße, wenn man auf ein anderes Grundstück ausweichen sollte.³³ Diese Forderung sorgte bei einigen Gemeinderäten für Unmut.

Die Stadt war inzwischen wegen eines alternativen Grundstücks aktiv geworden und hatte mit den Erben des verstorbenen Kaufmanns Krauß verhandelt, die das Grundstück in der Marktstraße nun für 42 000 M abgeben würden. Am 7. April

³⁰ StAL E 78 IV, Bü 19.

³¹ StAB Bac G 001-71, Bl. 659.

³² Ebd., Bl. 659 f. Der Gerber Wilhelm Erlenbusch (1871 bis 1944) gehörte dem Gemeinderat als Mitglied der SPD-Fraktion von 1909 bis 1932 an, sein Fraktionskollege Schuhmacher Christian Diller (1871 bis 1955) von 1911 bis 1933. Spinnereibesitzer Eugen Adolff (1871 bis 1923) war als Mitglied der Fraktion Bürgerpartei/Bauernbund von 1911 bis 1919 Gemeinderat. Der Schmied Gottlieb Kummerer (1851 bis 1924) gehörte von 1903 bis 1919 als Vertreter der Volkspartei dem Gemeinderat an. StAB Unveröffentlichte Zusammenstellung der Mitglieder des Backnanger Gemeinderats seit 1819. Bei dem ebenfalls genannten Bürgerausschussmitglied Häuser dürfte es sich um den Lederfabrikanten Fritz Häuser (1873 bis 1953) gehandelt haben.

³³ StAB Bac G 001-71, Bl. 664.

1916 hatte man mit der Witwe Karoline Krauß (1851 bis 1930) und den Kindern Karoline (1889 bis 1979) und Wilhelm (1895 bis 1917) eine Vereinbarung zum Kauf des Hauses getroffen.³⁴ Am 10. April 1916 tagten Gemeinderat und Bürgerausschuss gemeinsam und fassten nach länger Debatte den Beschluss: *Die Gemeinde bittet dringend, um nochmalige hochgeneigte Prüfung des Bauplatzes und Erstellung des Neubaus auf dem Krauß'schen Platz.*³⁵ Das Grundstück in der Bahnhofstraße werde man zum Selbstkostenpreis übernehmen. Auch die Wasseranschlüsse seien für das Grundstück in der Marktstraße viel einfacher als in der Bahnhofstraße.

Die Stadt bot der Post an: *Die Stadtgemeinde verpflichtet sich den nicht billigen Bauplatz Steiner & Spilke von der K. Postverwaltung um den Selbstkostenpreis zu übernehmen, auch würde sie das Krauß'sche Haus um die Abbruchmaterialien abbrechen lassen. Ob das Anwesen der Frau Ulrici Geb. 20 & P. 277, 4 a 77 qm der oberen Marktstrasse und Anteil an gemeinsch. Einfahrt 63 qm ganz oder zum Teil miterworben werden will oder muss, können wir nicht beurteilen. Solches ist z. Zt. dem Verkauf ausgesetzt und könnte jeden Tag erworben werden. Die Stadt wäre auch zur Kaufvermittlung bereit. Frau Ulrici liegt krank in der Villa Seckendorf in Cannstatt. Das Haus ist gut im Stand und kann für zwei, mit dem Hinterhaus drei Haushaltungen rentierend vermietet werden. Die Gemeinde bittet dringend um nochmalige hochgeneigte Prüfung des Bauplatzes und Erstellung des Neubaus auf dem Krauß'schen Platze.*³⁶ Um die Post zu locken, hatte man erwähnt, dass auch das Nachbargrundstück zum Verkauf stünde. Beim Haus Ulrici handelte es sich um den Vorgängerbau des heutigen Geschäftshauses Kreuzmann in der Marktstraße 40.

Bei der Post untersuchte man, ob das Grundstück Marktstraße 42 für ein Postamt geeignet wäre. Ein Gutachten vom Juni 1916 zeigte fünf Projekte. Bei Projekt vier wurde das bestehende Gebäude integriert, die anderen Projekte sahen

den Abbruch des Hauses vor. Markant war bei Projekt eins die gerundete Ecke.³⁷ Allerdings fand man das Grundstück für das Postamt zu eng. Entsprechend vermerkte Postbetriebsinspektor Klempp am 25. Juni 1916: *Die 5 Projekte zeigen, dass das Krauß'sche Anwesen zur Ausführung des Neubaus tatsächlich nicht genügen würde, daß vielmehr auf jeden Fall Teile des Ulrici'schen Grundstücks hiezu erforderlich wären.*³⁸

Bei der Stadt wurde man unruhig und wies am 26. Juni die Generaldirektion darauf hin, dass das Angebot der Krauß-Erben am 1. Juli auslaufe. Am 20. Juli 1916 fuhr eine Abordnung der Stadt nach Stuttgart, um im Präsidium über den Postneubau zu verhandeln. Dort erfuhr man, dass die Post jetzt nicht nur die kostenlose Überlassung des Krauß-Grundstücks, sondern auch noch die kostenlose Überlassung des Ulrici-Grundstücks forderte. Man machte der Abordnung kühl klar, dass das Ministerium nur unter dieser Bedingung die Sache befürworten werde.³⁹ 36 000 M für das Grundstück in der Bahnhofstraße zu bezahlen, daneben auch noch Verlegung eines Abwasserkanals und die Kauf- und Einschreibkosten zu übernehmen, war die Stadt noch bereit gewesen. Nun aber weitere 21 000 M für das Grundstück in der Marktstraße aufbringen zu müssen, da stellten sich Stadt und Gemeinderat quer. Dieser Antrag wurde am 21. Juli 1916 fast einstimmig abgelehnt.⁴⁰

Gemeinderat Friedrich Stroh (1848 bis 1929), der den zum Militär eingezogenen Stadtschultheiß Hermann Eckstein (1872 bis 1921) vertrat, informierte die Königliche Württembergische Generaldirektion der Posten und Telegrafien: *Den Gemeindegemeinschaften habe ich heute Vortrag erstattet. Nach längerer Beratung hat die Mehrheit es abgelehnt, weitere Opfer zu bringen. Die Uebernahme des Bauplatzes Steiner-Spilke, Kanalverlegung u.s.w. hätte die Stadt gerne getragen, aber zu einem Aufwand von etwa 21 000 M für das Anwesen Ulrici konnten sich die Herren nicht entschließen. Ich bedaure diese Entscheidung kann aber an der Tatsache nichts ändern.*⁴¹

³⁴ Ebd., Bl. 666.

³⁵ Ebd., Bl. 667.

³⁶ Ebd.

³⁷ StAL E 78 IV, Bü 19.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ StAB Bac G 001-71, Bl. 683 f.

⁴¹ StAL E 78 IV, Bü 19.

Im Oktober 1916 kochte das Thema wieder im Gemeinderat auf: *In neuester Zeit sind nun aus Kreisen der hiesigen Geschäftswelt Stimmen laut geworden, die eine Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen mit der Postverwaltung zu Gunsten des Krauß'schen Projekts und ein weiteres Entgegenkommen dieser gegenüber seitens der Stadtgemeinde wünschenswert erscheinen lassen, da spätere Generationen es nicht verstehen können, wenn etlicher 1000 M wegen der Postneubau zum Nachteil der gesamten Geschäftswelt an einem ungeeigneten Platze zu stehen käme.*⁴² Allerdings wurde nun bekannt, dass die Krauß-Erben inzwischen einen höheren Preis erzielen wollten. Der Gemeinderat tendierte dazu, auf dem früheren Beschluss zu bestehen. Dagegen opponierte allerdings der Bürgerausschuss: *Der Bürgerausschussobmann ist anderer Meinung; seiner Ansicht nach ist die Stadtverwaltung der Geschäftswelt es schuldig, diese überaus wichtige Angelegenheit nicht ruhen zu lassen, sondern gegebenenfalls gegen die Erstellung des Postneubaus im Steiner'schen Garten öffentlich Einspruch zu erheben.* Der Bürgerausschuss beschloss schließlich, dass die Stadt Einspruch gegen den von der Post gewünschten Standort erheben oder die Einrichtung einer Filiale in der Stadt anregen solle. Der Gemeinderat bestand auf seinem früheren Beschluss.⁴³

Hier sind einige Worte zur Institution des Bürgerausschusses notwendig. Dieses Gremium wurde im Königreich Württemberg 1819 eingeführt und sollte ein Gegengewicht zu den damals noch lebenslang gewählten Stadträten bilden. Im frühen 20. Jahrhundert betrug die Wahlzeit für den Bürgerausschuss vier Jahre, für den Gemeinderat sechs Jahre.⁴⁴ In der gerade erwähnten Sitzung war Adolf Stroh Bürgerausschussobmann.

Der frühere Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Robert Kaess (1855 bis 1934) wollte die Entscheidung des Gemeinderats nicht akzeptieren und nahm nun direkten Kontakt mit dem Präsidenten der Generaldirektion der Posten und Telegraphen auf. Er informierte darüber, *dass das städtische Kollegium sich nochmals mit der Post-*

*neubaufgabe beschäftigt hat. Die Sitzung fand letzten Freitag statt [...]. Ich bedaure aufs tiefste diese Entscheidung, welche dazu führt, dass eine neue Post an einem höchst ungeeigneten Platz für den weitaus grössten Teil der Einwohner erstellt werden wird. Falls der Neubau nicht presiert und die Frau Krauss wieder auf ihre frühere Forderung zurückgeschraubt werden könnte, wäre allerdings immer noch die Möglichkeit gegeben, bei entsprechendem Entgegenkommen der Königl. Postdirektion, die Frage in befriedigender Weise zu lösen.*⁴⁵

Bezirksnotar Johann Möhle machte am 25. November die Generaldirektion auf eine weitere Möglichkeit aufmerksam: *Das Anwesen liegt nächst der Bahn, dem für den Neubau eines Postgebäudes in Backnang vom Staat angekauften Platz gegenüber und wird in der hiesigen öffentlichen Meinung zum Teil dem angekauften Platz für die Zwecke der Post vorgezogen. Ich würde deshalb, nach Rücksprache mit der Stadtverwaltung, glauben, mich eines Versäumnisses schuldig zu machen, wenn ich nicht auf die vorliegende Kaufgelegenheit aufmerksam machen würde.* Es handelte sich um das bisher von der Witwe Bertha Härlin betriebene Bahnhofhotel, dessen Zwangsversteigerung am 19. Mai 1917 anstand.⁴⁶ Allerdings ging die Post auf diese Möglichkeit nicht ein.

Im Dezember 1916 informierte die Post die Stadt: *Da die Stadtgemeinde nach den Beschlüssen ihrer bürgerl. Kollegien nicht in der Lage ist, in der Frage des Mehraufwands weiter entgegenzukommen, bedauert die P. Verwaltung dem Wunsch der Stadtgemeinde, das Postgebäude auf den Krauß/Ulrici'schen Grundstücken zu erstellen, nicht entsprechen zu können.*⁴⁷ Die Einrichtung einer Filiale lehnte die Post sofort ab: *Zu dem Beschluss des Bürgerausschusses ist noch zu bemerken, dass die spätere Einrichtung einer Postannahmestelle in der Stadt jedenfalls vorerst nicht in Aussicht gestellt werden kann.*

Am 12. Januar 1917 tauchte das Thema nochmals im Gemeinderat auf. Die Post hatte sich inzwischen endgültig entschieden. Besonders im Bürgerausschuss mochte man das aber im-

⁴² StAB Bac G 001-71, Bl. 695.

⁴³ Ebd., Bl. 696.

⁴⁴ Backnang-Lexikon (wie Anm. 16), S. 39 und 71.

⁴⁵ StAL E 78 IV, Bü 19.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

mer noch nicht so richtig akzeptieren. Um die Wogen zu beruhigen, werden nun vom Vorsitzenden ästhetische Gründe angeführt: *Zudem lasse sich nach der Äußerung des staatlichen Technikers bei Ausführung eines massigen Gebäudes an der oberen Marktstraße eine befriedigende architektonische Wirkung gegenüber dem jetzigen schönen harmonischen Stadtbilde nicht erzielen. Letztere Auffassung vermag die Mehrheit der Kollegien, vor allem der Bürgerausschussobmann, nicht zu teilen; sie sind vielmehr nach wie vor der Meinung, dass der Krauss'sche Platz in Rücksicht auf seine zentrale Lage vor allen andern den Vorzug verdient hätte und dass es den Architekten ein Leichtes gewesen wäre, sich dem Landschaftsbilde anzupassen.*⁴⁸

Später wurde das Gebäude Marktstraße 42 dann doch von der Stadt erworben. Gemeinderat Adolff hatte in der Sitzung vom 21. Juli 1916 auch den Antrag gestellt, *die beiden Anwesen Krauss und Ulrici für die Stadtgemeinde als Bauquartier zu erwerben*, was allerdings einstimmig abgelehnt worden war.⁴⁹ 1937 erwarb die Stadt das Gebäude Marktstraße 42 von der Erbin Karoline Bruder geb. Krauß, der Ehefrau des Gymnasiallehrers Karl Bruder (1887 bis 1968). Es wurde danach von der NSDAP-Kreisleitung genutzt. Geplant war auch die Unterbringung der Ernst-Reicker-Stiftung.⁵⁰ 1938 wurde dann der rückwärtige Zwerchgiebel aufgesetzt.⁵¹ Später wurde das Gebäude von der Stadtbücherei und dann vom städtischen Amt für öffentliche Ordnung genutzt.⁵²

Der Bau des neuen Postamts

Doch zurück zum Projekt für das Postamt. Für das Projekt in der Bahnhofstraße wurden neue Pläne erarbeitet. Signiert ist der Plansatz vom 23. Februar 1917 mit *Baurat M. Mayer*. Doch passierte erst einmal nicht viel. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns mitten im Ersten Weltkrieg befanden. So wurde der Bau immer wieder zurückgestellt.

Eine ministerielle Verfügung genehmigte im November 1917 den Bau. Doch erst 1919 wurden Firmen mit der Ausführung beauftragt. Immer wieder mussten die Baukosten nach oben korrigiert werden. Im August 1921 zog das Postamt vom Marktplatz in den Neubau. Das Gebäude ist erhalten, doch fehlt heute ein markantes Element, nämlich der Abspannständer für Telefondrähte in Form eines Dachreiters. An dieser Stelle sei nicht näher auf das Postamt eingegangen, da in einem Beitrag im Backnanger Jahrbuch 2020 dieses Gebäude und sein Architekt ausführlich gewürdigt werden sollen.

Das Amtshaus

Kurze Zeit nach der Eröffnung des neuen Postamts veränderte auch die andere Seite der Bahnhofstraße ihr Gesicht. 1922 ließ der neue Eigentümer des Bahnhofhotels, der Lederfabrikant und Vorsitzende des Backnanger Liederkranzes Fritz Schweizer (1873 bis 1927), einen neuen Konzertsaal errichten, um kulturellen Veranstaltungen einen würdigen Rahmen zu bieten.⁵³ Mit dem Neubau des Krankenhauses im Benzwasen wurde 1924 das alte Bezirkskrankenhaus frei. Es wurde anschließend als Amtshaus genutzt. Im Inneren erfolgten einige Umbauten, wie ein von Oberamtsbaumeister Christian Cantz unterzeichnetes Baugesuch vom 13. Dezember 1924 zeigt.⁵⁴ Im Erdgeschoss wurde auf der rechten Seite durch Herausnehmen einiger Zwischenwände ein Schalterraum für die Oberamtssparkasse geschaffen. Im ersten Stock entstanden Büros für den Oberamtsbaumeister und den Oberamtspfleger.

Die Erweiterung des Postamts in Backnang

Der Hang hinter dem Postamt wurde übrigens von den Bewohnern genutzt. Unterhalb des Ge-

⁴⁸ StAB Bac G 001-71, Bl. 714 f.

⁴⁹ Ebd., Bl. 684.

⁵⁰ StAB Bac G 001-77, S. 234.

⁵¹ StAB Bac B 086-1, Bü 32.

⁵² Michael P. Dwornitzak: 100 Jahre Backnanger Stadtbücherei – Eine öffentliche Bibliothek und ihre Vorläufer im 19. Jahrhundert. – In: BJb 16, 2008, S. 110 bis 114.

⁵³ Backnang-Lexikon (wie Anm. 16), S. 21.

⁵⁴ Stadt Backnang, Baurechtsamt. Akten betr. Bahnhofstraße 4.



Stadtplan von Backnang mit dem alten Telefonleitungsnetz ausgehend vom Postamt am Marktplatz (schwarz) und dem geplanten neuen Telefonleitungsnetz ausgehend vom neuen Postamt in der Bahnhofstraße (orange).



Die Bahnhofstraße im Jahr 1923 mit dem neuen Saal des Bahnhofhotels (rechts) und dem neuen Postamt mit Dachreiter (links).



Die Bahnhofstraße im Jahr 1925 mit dem neuen Postamt (hinten) und dem nun als Amtshaus genutzten ehemaligen Bezirkskrankenhaus (vorne).

bäudes schloss sich der Garten an. Von der Bauinspektion 1921 angefertigte Pläne zeigen die Gliederung des Gartens, der sich über Terrassen den Hang hinabstufelte. Eine auf ein Gartenhaus im Gartenbereich des Amtsvorstehers zuführende Mittelachse erschloss die Gartenbereiche. Das Zentrum der zweiten Terrasse bildete ein Brunnen. Unter der dritten Terrasse schloss sich eine Böschung mit Obstbäumen an. Direkt unterhalb des Postamts stand immer noch das kleine Wohnhaus, das an Oberpostsekretär Karl Hinderer verpachtet war.

Schon bald bestand weiterer Raumbedarf im Postamt. Ende der 1920er-Jahre ging man eine Erweiterung an, um den Bereich zwischen den Stützen unter dem rückwärtigen Anbau auszunutzen und einen Anbau mit Laderampe auszuführen. Das Baugesuch datiert vom November 1929.⁵⁵ Um eine unschöne Ecke im Nordosten zu vermeiden, erwarb die Post 1930 von der Amtskörperschaft um 200 RM ein Stück des Nachbargrundstücks. Durch das Einziehen einer Zwischendecke unter dem rückwärtigen Anbau wurden zwei nutzbare Geschosse gewonnen. Dadurch entstand die heute noch zu sehende dreigeschossige Front. Zwischen den Stützen wurden große Fenster eingebaut. Außerdem wurde der technische Bereich nach Nordosten erweitert. Auch hier wurden die Bereiche zwischen den Pfeilern durch Fenster geschlossen. Am Höfchen zum Amtshaus entstand ein Anbau mit einer Laderampe.

Neubau der Sparkasse

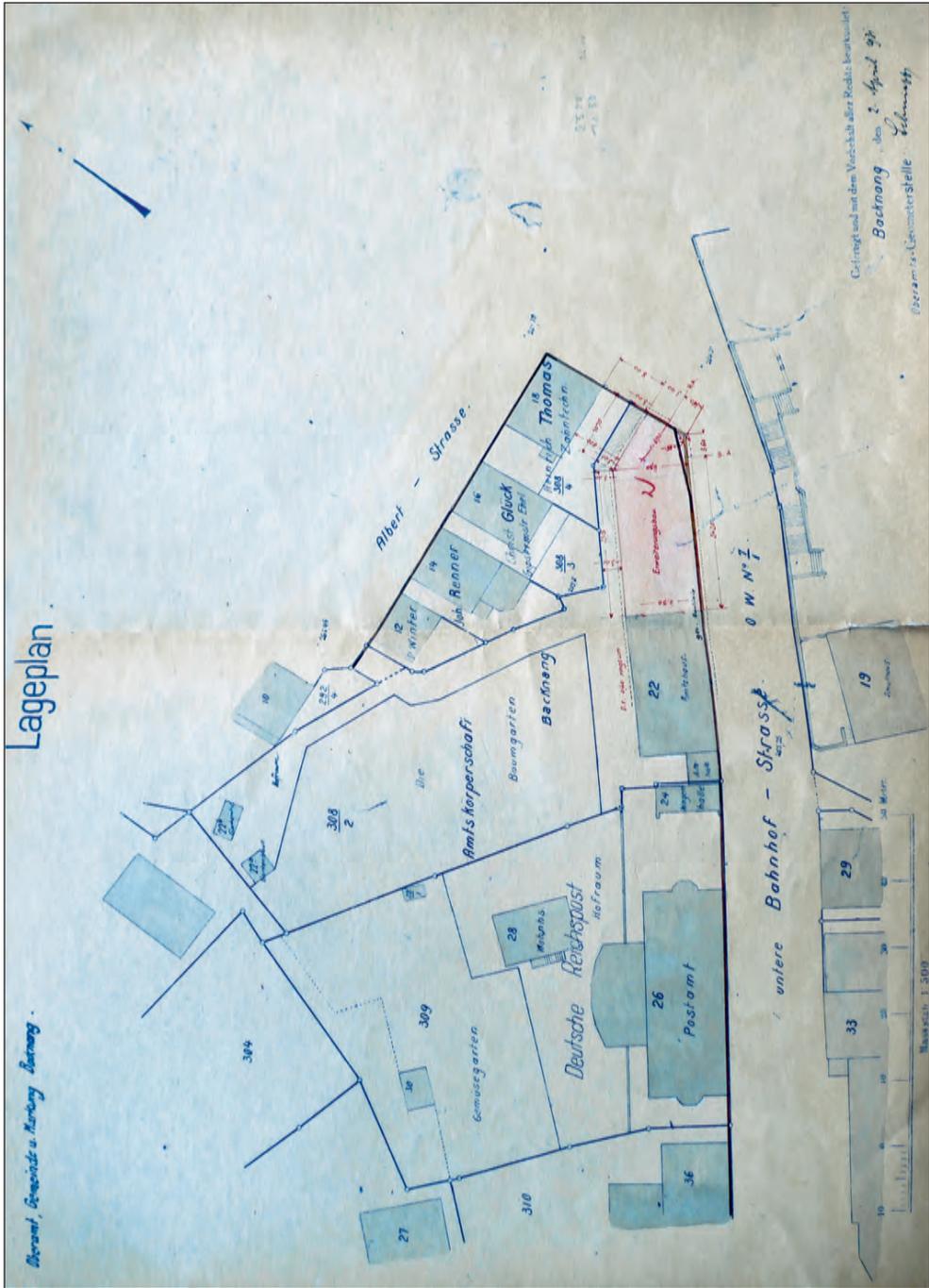
Die Räume der Oberamtssparkasse erwiesen sich von Beginn an als zu eng. Anfang der 1930er-Jahre ging man einen an das Amtshaus anschließenden Neubau an. Bezirksrat und Verwaltungskommission unterstützten die Idee. Im März 1931 wurde das Projekt in der Amtsversammlung diskutiert. Um den Räten die Idee schmackhaft zu machen, wurde neben dem dringenden Bedarf an Räumen für einen besseren Arbeitsablauf und eine Verbesserung der Kundenbetreuung mit einer Unterstützung der nach der Weltwirtschaftskrise darbedenden Bauwirtschaft durch den Neubau argumentiert: *Wenn der jetzige Zeitpunkt gewählt*

*wurde, um der Amtsversammlung die Erweiterung der Kanzleiräume vorzuschlagen, so waren hiefür auch noch weitere Gesichtspunkte maßgebend, die Beachtung verdienen. Es handelt sich hauptsächlich um die Beschäftigung des Baugewerbes, das als Schlüsselgewerbe weitere Wirtschaftszweige befruchtet. Dies fällt umsomehr ins Gewicht, als in diesem Jahr die Bautätigkeit im Allgemeinen geringer sein wird, als in den letzten Jahren. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dann weiter, dass Steuermittel in keiner Weise in Anspruch genommen werden, sondern dass das Bauwesen von der Oberamtssparkasse selbst finanziert werden kann.*⁵⁶ Allerdings hatten einige Räte Bedenken und bemerkten, dass sich die Gewerbetreibenden eher eine Zinssenkung wünschen würden. Mit 24 gegen zwei Stimmen stimmte die Amtsversammlung schließlich einem Neubau zu. Dann ging man an die eingegangenen Entwürfe. Zuerst wurden die Entwürfe der Architekten Gottlieb Glück und Karl Kreß ausgeschieden, die mit der Bauleitung beauftragt wurden, ebenso der Entwurf von Regierungsbaumeister Kurz in Esslingen. Backnangs Stadtschultheiß Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953) schlug vor, die Bauausführung dem Architekten Albert Schüle aus Murrhardt zu übertragen und die übrigen Entwürfe durch Preise auszuzeichnen. *Nachdem die 4 Pläne annähernd auf gleiche Höhe stünden, sei es eine reine Zweckmäßigkeit, wem die Ausführung übertragen werde. Es komme ja nicht einer der vorliegenden Entwürfe, sondern eine Kombination aller zur Ausführung, da kein Entwurf ganz den zu stellenden Anforderungen entspreche.* Damit waren auch die Entwürfe der prominenten Architekten Wilhelm Friedrich Schuh und Schmohl & Stähelin aus dem Rennen. Man lobte dann noch den Entwurf des jungen Architekten Otto Nussbaum (1904 bis 1983), der dem *des Architekten Schuh nahe komme. Eine Uebertragung der Bauleitung an ihn sei aber mit Rücksicht auf die Uebertragung der örtlichen Bauleitung an die älteren Architekten Glück und Kreß nicht möglich.*

Vom 30. März 1931 datiert das Baugesuch. Der Neubau verlängerte das Amtshaus unter Aufnahme der Traufhöhe und des Firsts. Markant an Albert Schüles Entwurf ist die gerundete Ecke an

⁵⁵ StAL E 78 IV, Bü 21.

⁵⁶ MB vom 10. März 1931.



Die Oberamtsparkasse bekommt einen Erweiterungsbau (rot gekennzeichnet) Richtung Schillerplatz (Lageplan von 1931).

der Einmündung der Bahnhofstraße in den Schillerplatz. Hierfür war allerdings eine Änderung der Baulinien notwendig. Am 23. April genehmigte der Gemeinderat dies.⁵⁷ In der Rundung befand sich der Haupteingang. Trichterförmig verengten sich die Seitenwände. Stufen führten zum zurückgesetzten Eingang. Vom Windfang gelangte man nach rechts in ein Treppenhaus und nach links über eine kurze Treppe zur Schalterhalle. Im Zuge dieses Neubaus wurde am Amtshaus der Zwerchgiebel entfernt, um eine einheitliche Wirkung zu erzielen.

Die Nachbarn hatten sich damit einverstanden erklärt, dass der Abstand des Neubaus zur Grenze nur drei Meter und nicht die vorgeschriebenen 5,40 Meter betrug. Dieses Detail wird gleich noch eine wichtige Rolle spielen. Man hatte sich wohl inzwischen darüber geärgert. Der Neubau verschattete die Häuser in der Albertstraße wohl mehr als erwartet, wie man aus einem Schreiben von Clara Thomas und Gotthilf Glück erfährt: *Durch den Bau der Erweiterung der Kreissparkasse im Jahre 1931, zu welchem von uns der Platz entlang der nördl. Seite abgegeben wurde, sind unsere Häuser wegen Einbusse des Sonnenlichts stark in Mitleidenschaft gezogen worden, die uns umso spürbarer ist, da ja davon eine Seite sowieso schon direkt nach Norden liegt. Der Platz wurde seinerseits abgegeben, wenn keine Aufbauten an dem an sich schon hohen Gebäude gemacht werden, was ja leider jetzt beabsichtigt ist.*⁵⁸

Später beabsichtige die Kreissparkasse nämlich den Ausbau des Dachgeschosses, um dort eine Arztpraxis unterzubringen, und reichte im Januar 1950 ein entsprechendes Baugesuch des Architekten Franz Brunold (1886 bis 1957) ein.⁵⁹ Dagegen erhoben drei Nachbarn Einspruch, da sie eine Verschattung ihrer Häuser befürchteten. Ein Verständigungsgespräch am 27. Januar 1950 verlief ergebnislos. Das Stadtbauamt befürwortete dem Gemeinderat gegenüber eine Befreiung von den Abstandsvorschriften, *da der Aufbau infolge des ausserordentlichen Mangels an Praxisräumen in der Stadt sehr erwünscht sei.*⁶⁰ Der Gemeinde-

rat beschloss am 23. Februar 1950 eine Genehmigung des Baugesuchs vorbehaltlich der Genehmigung durch das Innenministerium. Die Nachbarn erhoben darauf auch beim Innenministerium Einspruch. Am 10. März schrieb Bürgermeister Dr. Walter Baumgärtner (1899 bis 1984) an das Innenministerium und befürwortete die Befreiung ausdrücklich.⁶¹ Das Innenministerium schlug der Stadt eine Möglichkeit vor, um die Einsprüche zu umgehen. Am 20. April 1950 beschloss der Gemeinderat, einen sechs Meter breiten Streifen entlang der Sparkasse mit Bauverbot zu belegen. Schon am 21. April 1950 beklagte Gotthilf Glück die durch das Bauverbot entstehende Wertminderung seines Grundstücks, die aber keinen Einfluss auf das Bauvorhaben der Kreissparkasse habe. Deshalb machte er im Schreiben vom 22. April 1950 deutlich, dass er darin eine politische Finte vermute, um den Einspruch umgehen zu können. Stadtbaumeister Otto Weber (1890 bis 1964) warf er vor: *Ihre Handlungsweise ist also einseitig zu Gunsten der Kreissparkasse eingestellt u. entspricht nicht der Pflicht, das Baugesetz neutral zu handhaben.* Deshalb erhob er auch beim Innenministerium Einspruch gegen das Bauverbot. Am 24. April erhielt die Kreissparkasse eine vorläufige Bauerlaubnis für die Dachaufbauten auf der Vorderseite: *Die Dachaufbauten auf der Rückseite des Gebäudes dürfen vor der endgültigen baupolizeilichen Genehmigung nicht in Angriff genommen werden.* Die Sache zog sich weiter hin. Am 21. Juni 1950 kam es zu einem Vergleich zwischen der Kreissparkasse und den Nachbarn, schon am nächsten Tag hob der Gemeinderat das Bauverbot wieder auf.⁶² Am 5. Oktober 1950 beschloss der Gemeinderat eine Befreiung von Artikel 48 der Bauordnung und legte fest, *dass die Umfassung und die Dachvorsprünge der neuen Aufbauten in dunkleren Farben gestrichen werden, damit sie sich nicht allzu sehr von der Dachfläche abheben.*⁶³ Die Genehmigungsurkunde datiert vom 2. November 1950. Bereits am 10. November erfolgte die Mitteilung über die Fertigstellung des Bauwesens.

⁵⁷ StAB Bac G 001-75, S. 815.

⁵⁸ Stadt Backnang, Baurechtsamt Akten betr. Bahnhofstraße 2.

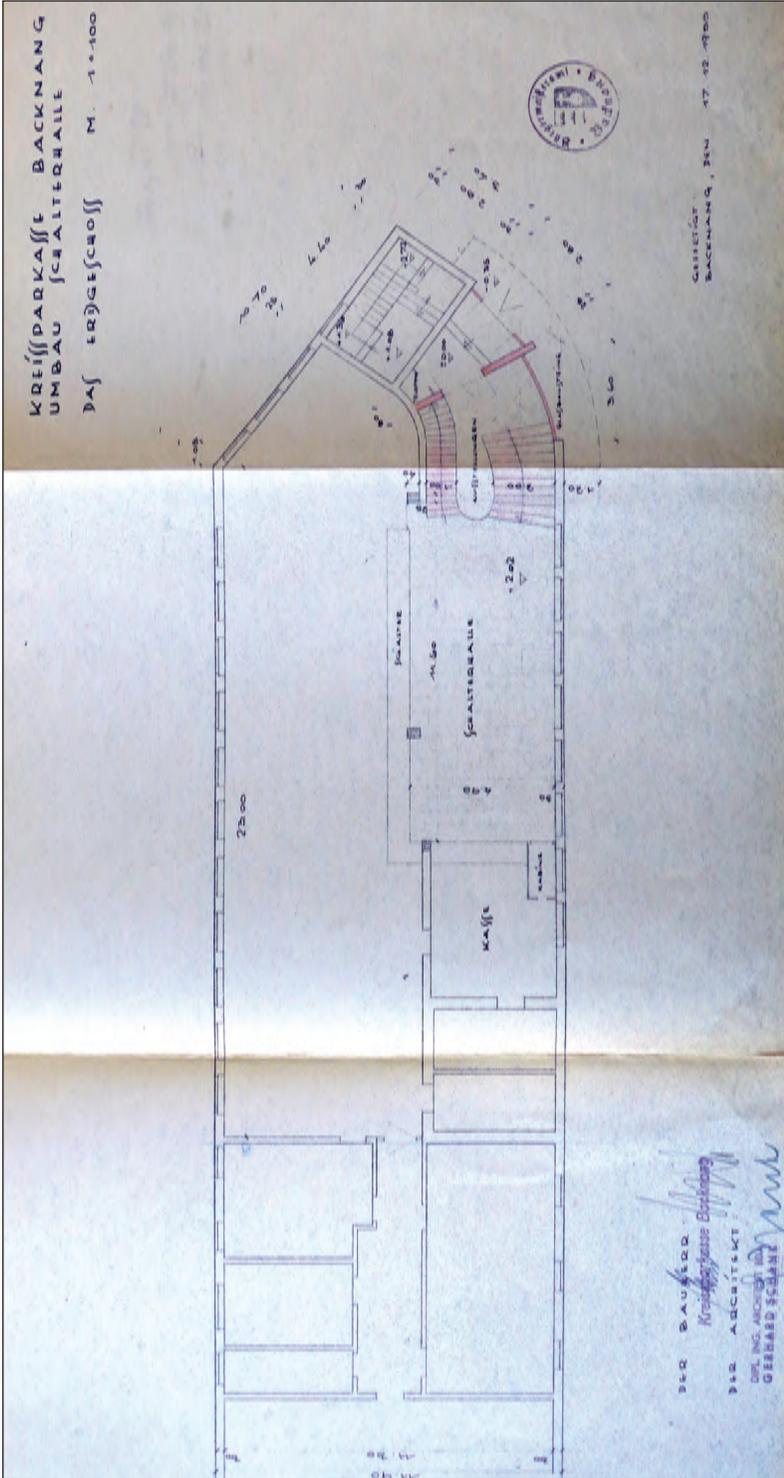
⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ StAB Gemeinderatsprotokoll Bd. 79, S. 489 f.

⁶¹ Stadt Backnang, Baurechtsamt. Akten betr. Bahnhofstraße 2.

⁶² StAB Gemeinderatsprotokoll Bd. 79, S. 730 f.

⁶³ Ebd., S. 850.



Plan zum Umbau des Eingangsbereichs der Kreissparkasse und Einbau der geschwungenen Treppe zur Schalterhalle im Jahr 1955.

Einige Jahre später gestaltete die Kreissparkasse den Eingangsbereich neu. Nach dem Entwurf von Architekt Gerhard Schank entstand die geschwungene Treppe zur Schaltherhalle als typisches Motiv der 1950er-Jahre. Das Baugesuch vom 17. Dezember 1955 sah auch noch eine geschwungene Treppe ins nächste Geschoss vor, die aber wohl nicht ausgeführt wurde.⁶⁴ Zur Straße hin wurde die Rundung mit einer Glasbausteinwand geschlossen. Im Inneren wurde der Publikumsbereich der Schaltherhalle vergrößert.

Der Anbau an das Amtshaus

In den 1950er-Jahren wurde das Amtshaus umgebaut und erweitert. An der Rückseite entstand ein Anbau mit Räumen für verschiedene Abteilungen des Landratsamts, darunter das Kreisbauamt, das Kreisjugendamt, das Ausgleichsamt, ein Sitzungssaal und Garagen. Der Entwurf des Back-

nanger Architekten Carl G. Schauer datiert vom 3. Juni 1954.⁶⁵ Das Baugesuch wurde dann allerdings verändert. Vom 7. Dezember 1955 datieren die veränderten Pläne, in denen das Erdgeschoss ganz neu gegliedert wurde. Am Altbau des Amtshauses wurde die Fassade in der Mitte durch einen Glasstreifen über dem Eingang neu gestaltet. Bei den letzten Umbauarbeiten zur Einrichtung des Bildungshauses wurde dieser Anbau wieder abgerissen.

Die Post erweitert und verlässt den Komplex schließlich

Für den Neubau des Fernmeldeamts 1971 wurden zwei alte Gebäude abgerissen, darunter die „Villa Emma“. Das neue Fernmeldeamt ging 1975 in Betrieb. Hinter dem Postamt wurde das Gelände aufgeschüttet, wodurch ein großer Parkplatz entstand. Auch vorne an der Bahnhofstraße



Blick auf das Gebäudeensemble an der Bahnhofstraße mit dem 1955 errichteten rückwärtigen Erweiterungsbau des Amtshauses (weißes Gebäude in der Bildmitte).

⁶⁴ Stadt Backnang, Baurechtsamt. Akten betr. Bahnhofstraße 2.

⁶⁵ Stadt Backnang, Baurechtsamt. Akten betr. Bahnhofstraße 4.



Altes und neues Postamt in der Bahnhofstraße Mitte der 1980er-Jahre.



Blick auf das Postamt im ehemaligen Amtshaus mit Erweiterungsbau im rückwärtigen Bereich (Aufnahme von 1988).

gab es Veränderungen. Die Kreissparkasse zog 1969 in den Neubau am Obstmarkt um, die Kreisstellen im Amtshaus wurden im ebenfalls 1969 eröffneten neuen Landratsamt Erbsetter Straße 58 untergebracht. Beide Institutionen hatten sich markante moderne Gebäude errichtet, die noch heute das Stadtbild bestimmen.

1974 erwarb die Post Amtshaus und Kreissparkasse. Der Publikumsbereich der Post wurde nun vom Postamt in die im ehemaligen Amtshaus eingerichtete neue Schalterhalle verlegt. Dazu wurde der Eingang zum ehemaligen Amtshaus vermauert und ein neuer Zugang weiter rechts geschaffen. Ein weiterer kleiner Publikumsbereich war die Paketstelle im rückwärtigen Anbau. Der leuchtend gelbe Anstrich des gesamten Komplexes machte auf die Post aufmerksam und vereinheitlichte den Komplex. Das historistische Eckgebäude an der Albertstraße, in dem einige Zeit das Gesundheitsamt untergebracht war, wurde abgerissen, um ein paar Parkplätze zu schaffen.

Aufspaltung und Privatisierung der Post führten auch in Backnang zur Aufgabe der Immobilien.

Mit der Jahrtausendwende verließ die Post nach und nach das Gelände. Für den öffentlichen Bereich und die Postbank wurde 2000 im Biegel eine Postfiliale eingerichtet, die technischen Bereiche zogen 2004 in die ehemalige Spinnerei.⁶⁶

Betreuung und Bildung

Damit wurde der gesamte Komplex frei. Es folgte eine Aufspaltung in zwei Bereiche mit neuer Nutzung, das ehemalige Postamt für Betreuungseinrichtungen, Amtshaus und Sparkasse für Bildung. Während beim Postamt die historische Gestalt erhalten blieb, erhielt das Bildungshaus eine völlig neue Gestalt.

Das ehemalige Postamt wurde denkmalgerecht saniert. Dabei blieb der Charakter des Gebäudes mit seinem markanten Walmdach und den Sprossenfenstern erhalten. Von den Fenstergittern vor den Erdgeschossfenstern ist nur ein einziges an der rechten Seitenfront erhalten. Leider wurde durch die Verlängerung eines Fensters



Der Komplex nach dem Umbau zum Bildungshaus. Man erkennt noch die markante Rundung der ehemaligen Oberamtssparkasse.

⁶⁶ Backnang-Lexikon (wie Anm. 16), S. 149.

nach unten zur Schaffung eines barrierefreien Zugangs die feine Symmetrie des Haupteingangs massiv gestört. Der Garagenanbau wurde abgerissen. An der Rückseite blieb allerdings über zwei Achsen ein Teil dieses Anbaus bestehen, der die ursprüngliche Symmetrie dieser Seite stört. Genutzt wird das Gebäude nun als *Wohn- und Begegnungszentrum Alte Post*.⁶⁷ Es sind Betreuungseinrichtungen der Paulinenpflege untergebracht. Im Untergeschoss ist der Freizeit- und Bildungsbereich *Club Paula Backnang*.⁶⁸ Auch die Kreisvereinigung Rems-Murr der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung bietet Angebote an.

Das neue Bildungshaus, in dem zuletzt das Postamt untergebracht war, wurde stark moder-

nisiert. Der rückwärtige Anbau aus den 1950er-Jahren wurde abgerissen. Das Satteldach wurde entfernt und durch ein Vollgeschoss ersetzt, wodurch zusätzlich Platz gewonnen wurde, wodurch aber auch der Fernblick auf die Schulgebäude verstellt wirkt. In das ehemalige Amtshaus Bahnhofstraße 4 zog das Kolpingwerk ein. Zur Erschließung wurde der alte Eingang des Amtshauses wieder geöffnet. Im Gebäudeteil zum Schillerplatz, also dem früheren Bereich der Kreissparkasse, ist die Volkshochschule Backnang untergebracht, die vom Etwiesenberg hierherzog. Diese nutzt nun wieder den alten Eingang in der Rundung. Zum Schillerplatz hin wurde das Gebäude durch Schließung der Baulücke bis zur Albertstraße erweitert.⁶⁹

⁶⁷ BKZ vom 20. April 2015.

⁶⁸ BKZ vom 18. Juni 2015.

⁶⁹ BKZ vom 11. September 2015.